

# Palmöl-Lobbyist verhandelt mit Bern

## Der indonesische Unterhändler des Freihandelsabkommens hat eine heikle Doppelrolle

Vanessa Mistic

**Zürich** Im Schweizer Parlament werden die geplanten Freihandelsabkommen mit Indonesien und Malaysia heftig diskutiert. Grund dafür: Die beabsichtigten Zollsensungen für Palmöl sind umstritten. Jetzt zeigt sich, dass der Chefunterhändler Indonesiens, Soemadi Brotodiningrat, enge Beziehungen zur Palmölindustrie hat. Er sitzt im Verwaltungsrat der indonesischen Firma Astra Agro Lestari, einer der grössten Palmöl-Produzentinnen des Landes. Die Verbindungen des Chefunterhändlers zum Astra-Konglomerat reichen weit zurück. 2006 trat er dem Verwaltungsrat von Astra International bei, bevor er 2015 zum auf Palmöl spezialisierten Tochterunternehmen wechselte.

### Der Ständerat streitet am Dienstag über Palmöl

Laut dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) sind die Verhandlungen weit fortgeschritten. Ein Abschluss der Gespräche sei in den nächsten Monaten geplant, sagt ein Sprecher. Es sei nicht die Rolle des Seco, zur Auswahl des Chefunterhändlers Stellung zu nehmen. «Es liegt an Indonesien, die Anforderungen an seine Ver-

handlungssprecher festzulegen. Tatsache bleibt, dass Palmöl zu den Hauptexportprodukten Indonesiens gehört und dass das Land dementsprechend daran interessiert ist.» Weder das indonesische Aussenministerium noch Astra Agro Lestari oder Brotodiningrat selber reagierten auf eine Anfrage.

Die Schweizer Palmöl-Gegner kritisieren die Doppelrolle des indonesischen Chefunterhändlers scharf: «Es ist hochproblematisch, dass jemand, der so entscheidende Verhandlungen führt, persönlich von einem bestimmten Ausgang profitiert. Das ist ein klarer Interessenkonflikt», sagt Miges Baumann von der Entwicklungsorganisation Brot für alle. Ein Schweizer Ex-Spitzendiplomat ist ähnlicher Meinung: Die Verbindung des Chefunterhändlers zur Palmölindustrie sei unschön und stelle einen möglichen Interessenkonflikt dar. Es könne aber nicht die Aufgabe der Schweiz sein, diesen Umstand zu ändern. «Der Unterhändler ist wie ein Anwalt der Gegenseite. Es ist ihr überlassen, wen sie für diese Aufgabe auswählt.» Der Ex-Diplomat Patrick Ziltener beschreibt Brotodiningrat als Strippenzieher, mit wichtigen Positionen in Wirtschaft und Politik. Er glaubt dennoch nicht, dass

er den Prozess zugunsten seiner Firma manipulieren könne. «Alle relevanten Ministerien betonen die Bedeutung der Palmölindustrie. Wäre ein anderer an seiner Stelle, würde er dieselben Interessen vertreten.» Generell seien solche Doppelfunktionen aber ein Indiz dafür, dass eine Regierung vornehmlich die Interessen einer bestimmten Industrie vertrete, sagt Alex Biscaro von Transparency International Schweiz.

Am Dienstag befasst sich der Ständerat mit der Frage, ob Palm-

öl von den Abkommen mit Indonesien und Malaysia ausgenommen werden soll. Auf der Traktandenliste stehen mehrere Vorstösse, die dies verlangen. Einen davon hat der Nationalrat im Februar bereits angenommen. Die Kritik am Palmöl kommt von verschiedenen Seiten. Ökologische Kreise prangern die Umweltschäden an, die durch die Palmölproduktion entstehen. «Malaysia und Indonesien produzieren 85 Prozent des weltweiten Palmöls. Dadurch sind bis heute 150 000 km<sup>2</sup> Regenwald

zerstört worden», erklärt Baumann von Brot für alle. Bauernvertreter befürchten eine billige Konkurrenz zu einheimischen Produkten.

Die Aussenpolitische Kommission des Ständerates beantragt, die Vorstösse zum Ausschluss von Palmöl abzulehnen, und hat als Mittelweg eine eigene Motion eingereicht: Der Bundesrat solle sich vorbehalten, Konzessionen für den Palmölimport auszusetzen, falls dieser zu einer Reduktion der Schweizer Ölsaatenproduktion führe. Zudem solle er einen Beitrag zur nachhaltigen Produktion von Palmöl leisten. Für den Bundesrat ist ein Ausschluss von Palmöl aus dem Abkommen keine Option. Ohne Zollsensungen würde kein Abkommen zustande kommen, sagt ein Seco-Sprecher. Die Motion der ständerätlichen Kommission sei hingegen ein Kompromiss, welcher einen Verhandlungsabschluss zulasse.

Es ist unklar, was passieren würde, sollte das Parlament einen der Vorstösse annehmen, die den Ausschluss von Palmöl fordern. Der Bundesrat müsste den Willen des Parlaments nicht zwingend berücksichtigen, da der Abschluss internationaler Verträge in seiner Kompetenz liegt. Er stünde also vor einer delikaten Entscheidung.

### Indonesien droht EU wegen Palmöl-Bann

Es ist ein Paradox: Biokerosin soll eigentlich dafür sorgen, dass die Luftfahrt weniger Emissionen produziert. Bis 2050, so der Plan der UNO, sollen daher 50 Prozent des verwendeten Treibstoffs der Branche sogenannte Biofuels sein. Doch ausgerechnet **Palmöl ist bislang eines der für den Biotreibstoff am häufigsten genutzten Fette** – weil es so billig ist. Das soll sich nun ändern. Die EU will bis zum Jahr 2030 Palmöl aus Kraftstoffen verbannen, die USA haben den Biotreibstoff aus Indonesien mit Antidumpingzöllen belegt. Das gefällt der indonesischen Regierung gar nicht – und lässt sie zu harten Mitteln greifen. Indonesiens Handelsminister Enggartiasto Lukita drohte laut einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters damit, **dass sein Land keine Flugzeuge mehr bei Airbus und Boeing kaufen werde**, wenn sich an der Situation nichts ändere. Die EU solle von dem Plan ablassen, Palmöl aus Biotreibstoffen zu verbannen, wenn Airbus weitere Aufträge erhalten wolle. Seine konkrete Forderung an die USA: Indonesische Firmen sollen Palmöl-Treibstoffanlagen in den USA errichten dürfen. (laf)